

Dokumente für Mandatserteilung

Herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass Sie unsere Kanzlei mit der Wahrnehmung Ihrer Interessen beauftragen wollen. Sie profitieren mit dieser Entscheidung, weil wir uns seit Jahren auf das Verbraucherrecht spezialisiert haben. Unsere hohen Qualitätsstandards werden durch die ISO 9001-Zertifizierung bestätigt und durch externe Prüfer jährlich sichergestellt.

Damit wir Ihre Ansprüche nun so schnell wie möglich geltend machen können, benötigen wir von Ihnen die folgenden Dokumente ausgefüllt und unterschrieben an o.g. Kontaktdaten zurück:

Formular	Seite
<input checked="" type="checkbox"/> Vollmacht – Abgasskandal (außergerichtlich)	2
<input checked="" type="checkbox"/> Vollmacht – Abgasskandal (gerichtlich)	3
<input checked="" type="checkbox"/> Wertgebührenhinweis	4
<input checked="" type="checkbox"/> Widerrufsbelehrung	5
<input type="checkbox"/> Widerrufsformular	6
<input type="checkbox"/> Datenschutzhinweise	7

Nach Eingang und Prüfung Ihrer Unterlagen bestätigen wir das Zustandekommen des Mandats mit gesonderter Mitteilung.

Das Team der Kanzlei Rogert & Ulbrich freut sich darauf, für Ihr Recht einzutreten.



Dr. Marco Rogert

Tobias Ulbrich

Geschäftsführende Partner

**Zustellungen werden nur an
den/die Bevollmächtigte(n)
erbeten!**

Vollmacht

wird hiermit in Sachen

Rückabwicklung Kaufvertrag Schadensersatz Versicherungsdeckung

aus und im Zusammenhang mit dem Erwerb des Fahrzeugs

Hersteller: _____ Modell: _____ Typbezeichnung: _____

Fahrgestellnummer / FIN: _____ durch

Vorname*: _____ Nachname*: _____ Titel*: _____

***Name des Fahrzeugkäufers**

zur **außergerichtlichen Vertretung** aller Art erteilt. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Außergerichtliche Vertretung, Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer und Akteneinsicht.
2. Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z. B. Kündigungen).
3. Vertretung im privaten und gesetzlichen Schlichtungsverfahren.
4. Beilegung oder Vermeidung des Rechtsstreits oder außergerichtlicher Verhandlungen durch Vergleich, sonstige Einigung, Verzicht oder Anerkenntnis.
5. Entgegennahme und Bewirken von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen.
6. Empfangnahme der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen.
7. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
8. Anforderung, Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen. Der Gerichtsvollzieher und jede andere gerichtliche, behördliche und private Stelle, einschließlich des/der gegnerischen Prozessbevollmächtigten, werden angewiesen, Beträge auszuzahlen an die bevollmächtigte Anwaltskanzlei.

Ort, Datum

Unterschrift

Zustellungen werden nur an
den/die Bevollmächtigte(n)
erbeten!

Vollmacht und bedingter Klageauftrag

Es wird hiermit in Sachen

Rückabwicklung Kaufvertrag Schadensersatz Versicherungsdeckung

aus und im Zusammenhang mit dem Erwerb des Fahrzeugs

Hersteller: _____ Modell: _____ Typbezeichnung: _____

Fahrgestellnummer / FIN: _____ durch

Vorname*: _____ Nachname*: _____ Titel*: _____

*Name des Fahrzeugkäufers

für den Fall Klageauftrag erteilt, dass die der Gegenseite gesetzte Frist fruchtlos verstreicht (bedingter Klageauftrag). Zugleich wird für diesen Fall in vorbenannter Angelegenheit Prozessvollmacht für alle gerichtlichen Verfahren in allen Instanzen erteilt. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Vertretung im privaten und gesetzlichen Schlichtungsverfahren.
2. Prozessführung (u. a. nach §§ 81 ff. ZPO).
3. Beilegung des Rechtsstreits durch Vergleich, sonstige Einigung, Verzicht oder Anerkenntnis.
4. Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln, Rechtsbehelfen und Anschlussrechtsmitteln sowie Verzicht auf solche; Zustimmung zur Sprungrevision
5. Entgegennahme und Bewirken von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen.
6. Alle Neben- und Folgeverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Insolvenz, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Hinterlegung.
7. Empfangnahme der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen.
8. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
9. Anforderung, Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen. Der Gerichtsvollzieher und jede andere gerichtliche, behördliche und private Stelle, einschließlich des/der gegnerischen Prozessbevollmächtigten, werden angewiesen, Beträge auszuführen an die

Ort, Datum

Unterschrift

Wertgebührenhinweis

Rechtsanwälte können nach Honorarvereinbarung (Stundensatz oder gesetzlicher Gebührentabelle) abrechnen. Mandanten von Rogert & Ulbrich profitieren von der Anwendung der gesetzlichen Gebühren die an Hand des Streitwertes / Gegenstandwertes berechnet werden.

Sollten Sie eine Rechtsschutzversicherung oder einen Prozeßkostenfinanzierer zur Deckung des Honorars in Anspruch nehmen, rechnen wir die Gebühren nach entsprechender Deckungszusage direkt mit der Versicherung bzw. dem Prozeßkostenfinanzierer ab. Eventuell aus den Verträgen resultierende Selbstbeteiligung der Rechtsschutzversicherung oder Erfolgsprämie des Prozeßkostenfinanzierers werden dabei berücksichtigt.

In der beabsichtigten Angelegenheit

Vorname*: _____ Nachname*: _____ Titel*: _____
***Name des Fahrzeugkäufers**

gegen **PKW-Verkäufer / Hersteller:** _____

wegen **Rückabwicklung Kaufvertrag** **Schadensersatz** **Versicherungsdeckung**
aus und im Zusammenhang mit dem Erwerb des Fahrzeugs

wird nach Gegenstandswert abgerechnet.

Ort, Datum

Unterschrift

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns an o.g. Kontaktdaten mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. eine E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Folgen des Widerrufs: Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstige Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis auf Fristabläufe: Als Auftraggeber ist mir bekannt, dass juristische Fristen versäumt und damit Ansprüche verloren gehen können, wenn mit den anwaltlichen Leistungen erst nach Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist begonnen wird.

Erlöschen des Widerrufsrechts: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass mein Widerrufsrecht vor Ablauf der Widerrufsfrist erlischt, wenn die Kanzlei Rogert & Ulbrich Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB auf meine ausdrückliche Zustimmung hin mit der Ausführung der Leistungen begonnen hat und die Leistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist vollständig erbracht wurden.

Tätigwerden trotz Widerrufsrechts:

In Kenntnis der vorstehenden Widerrufsbelehrung stimme ich als Auftraggeber ausdrücklich zu, dass die Rechtsanwälte Rogert & Ulbrich mit ihrer Leistung bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen. Mir ist bekannt, dass ich bei vollständiger Vertragserfüllung durch Rogert & Ulbrich Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB mein Widerrufsrecht verliere und bereits vollständig erbrachte Leistungen zu bezahlen habe.

Ort, Datum

Unterschrift

Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück an:

Rogert & Ulbrich
Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB
Ottostr. 12
50859 Köln
Tel.: 02234-937020-0
Fax: 02234 21 92 49 1
E-Mail: Office@ru-law.de

Hiermit widerrufe(n) ich / wir* _____ den von mir / uns* mit Ihrer Kanzlei abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung anwaltlicher Dienstleistungen, abgeschlossen am _____.

Ort, Datum

Unterschrift

*Unzutreffendes bitte streichen

Datenschutzhinweise gemäß EU-DSGVO für „Natürliche Personen“

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung und Ansprechpartner

Verantwortliche Stelle: Rogert & Ulbrich Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB
Ottostr. 12 50859 Köln Fon: (0049) (0) 2234-937020-0 Fax: (0049) (0)2234 2192491 Mail: office@ru.law

Betrieblicher Datenschutzbeauftragte(r): Rogert & Ulbrich Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB
Datenschutzbeauftragte
Ottostr. 12 50859 Köln Fon: (0049) (0) 2234-937020-0 Fax: (0049) (0)2234 2192491 Mail: datenschutz@ru.law

2. Genutzte Quellen und Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Mandatsbeziehung von unseren Mandanten erhalten. Darüber hinaus verarbeiten wir – sofern für die Mandatsbearbeitung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen (z.B. SCHUFA) zulässigerweise (z.B. zur Erfüllung des Mandatsverhältnisses oder auf Grund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) oder aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Handels- und Vereinsregister, Grundbücher) erhalten haben und verarbeiten dürfen.

Relevante personenbezogene Daten können z.B. sein:

Name, Adresse/andere Kontaktdaten (Telefon, E-Mail-Adresse), Geburtsdatum, Geschlecht, Familienstand, Geschäftsfähigkeit, Berufsgruppenschlüssel/Partnerart (unselbständig/selbständig), Kontodaten, Daten der Rechtsschutzversicherung.

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Wir verarbeiten die vorab genannten personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten im Rahmen des Mandatsverhältnisses oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich nach dem jeweiligen individuellen Bedarf der konkreten Mandate und können u.a. die Aktenanlage, die Abrechnung, die Deckungsanfrage bei der Rechtsschutzversicherung, die außergerichtliche Korrespondenz auch mit dem Gegner, die gerichtliche Korrespondenz mit dem Gericht und dem Gegner umfassen.

Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO: Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Mandatsverhältnisses hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO). Beispiele: Geltendmachung und Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO: Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der EU-Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25.05.2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO: Soweit eine gesetzliche Verpflichtung besteht, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen dieser Verpflichtung.

4. Weitergabe von Daten

Innerhalb unserer Kanzlei erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können zu diesen Zwecken Daten erhalten, wenn diese das Mandatsgeheimnis und unsere schriftlichen datenschutzrechtlichen Weisungen wahren. Dies sind im wesentlichen Unternehmen und Stellen aus den im Folgenden aufgeführten Kategorien.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb unserer Kanzlei ist zu beachten, dass wir als Rechtsanwaltskanzlei zur Verschwiegenheit über alle mandanten- und mandatsbezogenen Tatsachen verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen. Informationen über Sie dürfen nur weitergegeben werden, wenn dies zur Erfüllung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist, gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben und/oder von uns beauftragte Auftragsverarbeiter gleichgerichtet die Einhaltung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung/des Bundesdatenschutzgesetzes garantieren.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z.B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung
- Gerichte
- Rechtsschutzversicherungen
- Auftragsverarbeiter, an die wir zur Durchführung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln (z.B. Unterstützung/Wartung von EDV-/IT-Anwendungen, Webseitenmanagement, Aktenvernichtung).

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

5. Übermittlung von Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU findet nur statt, soweit dies zur Bearbeitung des Mandatsverhältnisses erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist, Sie uns eine Einwilligung erteilt haben oder im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung. Werden Dienstleister in einem Drittstaat eingesetzt, sind diese zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch die Vereinbarung der EU-Standardvertragsklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet.

6. Regelfristen für die Speicherung

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese nach Ablauf berufsrechtlicher-, steuer- und handelsrechtlicher Aufbewahrungspflichten gelöscht.

7. Ihre Datenschutzrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Art. 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO. Beim Auskunfts- und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der EU-Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25.05.2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

8. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Im Rahmen unseres Mandatsverhältnisses müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung des Mandatsverhältnisses und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Mandates ablehnen müssen oder ein bestehendes Mandatsverhältnis nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

9. Keine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)

Zur Begründung und Durchführung des Mandatsverhältnisses nutzen wir grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Informationen über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

1. Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Grund von Art. 6 Abs. 1 lit e DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

2. Widerspruchsrecht gegen Verarbeitung zu Werbezwecken

Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke von Direktwerbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

3. Form des Widerspruchs

Der Widerspruch kann formfrei an die unter Ziffer 1. genannten Stellen erfolgen.